

EU 2010: Neuer Aufbruch mit dem Reformvertrag

© Akademie für Welthandel AG, Februar 2010

Für die europäische Integration könnte das Jahr 2010 der Startpunkt zu einem neuen Aufbruch werden, denn die Hängepartie um den EU-Reformvertrag konnte mit dem positiven irischen Referendum im Herbst beendet werden. Mit der erleichterten Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen greift nun eine wesentliche Zielsetzung des Reformvertrages. Die neuen Posten eines „Präsidenten des Europäischen Rates“ sowie eines „Hohen Repräsentanten der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ sollen der EU ein „unverwechselbares Gesicht“ geben. In diesem veränderten institutionellen Umfeld hat mit Spanien im 1. Halbjahr 2010 ein sehr europafreundliches Land die halbjährige EU-Ratspräsidentschaft übernommen, während die neue EU-Kommission unter dem bisherigen Präsident Barroso im Februar ihr Amt antrat.

Mit dem positiven irischen Referendum im Oktober 2009 hat der lange umstrittene EU-Reformvertrag die entscheidende Hürde genommen. Nach dem deutlichen Ja aus Dublin haben als letzte auch die EU-skeptischen Staatspräsidenten von Polen und Tschechien das Abkommen unterschrieben, das damit zum 1. Dezember 2009 in Kraft treten konnte. Für die europäische Integration könnte das Jahr 2010 somit der Startpunkt zu einem neuen Aufbruch werden. Denn die zweijährige Hängepartie um den EU-Reformvertrag hat vielerlei Kräfte in der Gemeinschaft gebunden, die sich nun wieder stärker anderen Aufgabenfeldern zuwenden kann. Den Grundkonflikt zwischen neuer Erweiterung und/oder stärkerer Vertiefung der Union kann der Vertrag zwar nicht lösen, das Alltagsgeschäft in der EU wird er allerdings erleichtern.

Weitere EU-Erweiterung absehbar

Anders als in den drei Vorjahren gab es Anfang Januar 2010 keine Erweiterung der Europäischen Union (EU) oder der Eurozone (EWU) um weitere süd- und osteuropäische Mitgliedsstaaten (vgl. Tab. 1). Dafür hat sich die Liste der EU-Aspiranten um Island vergrößert. Das von der globalen Finanzkrise besonders betroffene Land erhofft sich von der Gemeinschaft eine bessere außenwirtschaftliche Absicherung in

Krisenzeiten. Offizielle Beitrittsverhandlungen könnten auf dem EU-Frühjahrgipfel beschlossen werden. Hauptstreitpunkte sind Fischfangquoten und die Rückzahlung von Auslandsschulden. Da Island als EFTA-Mitglied schon drei Viertel der EU-Gesetze umgesetzt hat, könnte die kleine Inselrepublik bis 2012 der EU beitreten.

Table 1: EU-Mitgliedsländer und wichtige Strukturdaten

Land	EU-Beitritt	EWU-Beitritt	Bevölkerung (1)	Wohlstandsniveau (2)	Arbeitslosenquote (3)
1 Deutschland	1957	1999	81,8	115,6	7,5
2 Frankreich	1957	1999	64,7	107,9	10,0
3 Italien	1957	1999	60,4	102,0	8,5
4 Niederlande	1957	1999	16,6	134,0	4,0
5 Belgien	1957	1999	10,8	115,1	8,2
6 Luxemburg	1957	1999	0,5	276,3	6,2
7 Großbritannien	1973	-	62,0	116,2	7,8
8 Dänemark	1973	-	5,5	120,1	7,4
9 Irland	1973	1999	4,4	135,4	13,3
10 Griechenland	1981	2001	11,3	94,3	9,7
11 Spanien	1986	1999	46,1	102,6	19,5
12 Portugal	1986	1999	10,6	76,0	10,4
13 Schweden	1995	-	9,3	120,0	8,9
14 Österreich	1995	1999	8,4	122,8	5,4
15 Finnland	1995	1999	5,4	116,8	8,8
16 Polen	2004	-	38,2	56,4	8,9
17 Tschechische Republik	2004	-	10,5	80,3	8,0
18 Ungarn	2004	-	10,0	64,4	10,7
19 Slowakei	2004	2009	5,4	72,2	13,6
20 Litauen	2004	-	3,3	61,9	14,6
21 Lettland	2004	-	2,2	57,3	22,8
22 Slowenien	2004	2007	2,1	90,9	6,8
23 Estland	2004	-	1,3	67,4	15,2
24 Zypern	2004	2008	0,8	95,8	6,1
25 Malta	2004	2008	0,4	76,3	7,2
26 Rumänien	2007	-	21,5	41,8	7,2
27 Bulgarien	2007	-	7,6	41,3	7,9
EU 15			397,8	110,7	9,6
EWU 16			329,7	108,5	10,0
EU 27			501,3	100,0	9,6
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Kroatien</i>			<i>4,4</i>	<i>62,6</i>	<i>10,6</i>
<i>Mazedonien</i>			<i>2,0</i>	<i>30,9</i>	<i>10,0</i>
<i>Türkei</i>			<i>71,5</i>	<i>43,0</i>	<i>13,1</i>
<i>Island</i>			<i>0,3</i>	<i>120,6</i>	<i>8,2</i>

(1) in Mio., 01.01.2010 (2) BIP/Kopf in KKS, EU27 = 100 (2008) (3) in %, sb., Ende 2009

Quelle: Eurostat Februar 2010, eigene Berechnungen

Kroatien und Mazedonien haben zwar schon den begehrten Kandidatenstatus, gleichwohl gibt es noch viele offene Verhandlungsdossiers. Durch die schlechten Erfahrungen mit Bulgarien und Rumänien, insbesondere bei der versprochenen Korruptionsbekämpfung, könnte die EU bei den ganzen Balkankandidaten nunmehr weniger nachgiebig als in der Vergangenheit sein. Allerdings hat Kroatien eine große politische Lobby in Ungarn, Österreich und Bayern. Ein Beitritt zusammen mit oder kurz nach Island ist daher wahrscheinlich.

Last but not least gestalten sich die Verhandlungen mit der Türkei nach wie vor sehr schleppend. Der letzte EU-Fortschrittsbericht sieht weiter gravierende Defizite bei den Grundrechten und dem Minderheitenschutz sowie der Verwaltungsreform. Ein Beitritt noch in diesem Jahrzehnt erscheint damit nahezu ausgeschlossen.

EU-Reformvertrag – überfälliges Vertragswerk für die EU-27

Als unmittelbare Folge des komplexen Reformvertrages wird zum einen die Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen erheblich erleichtert, was ja auch eine Hauptzielsetzung des Reformvertrages war (vgl. dazu auch unseren Artikel „*EU 2008: Europäische Integration geht weiter voran*“ vom Januar 2008). Gleichzeitig hat das EU-Parlament mehr Kompetenzen und Mitsprachemöglichkeiten bekommen, wovon es bei der strittigen Verlängerung des SWIFT-Abkommens über den Austausch von Banküberweisungsdaten mit den USA im Februar sehr plakativ Gebrauch machte.

Zum anderen wurden die zwei neu geschaffenen zentralen EU-Posten zügig besetzt:

- Ein „Präsident des Europäischen Rates“ wird für jeweils zweieinhalb Jahre die politischen Geschäfte führen, Europa auf der Weltbühne vertreten und sich dabei mit den 27 Staats- und Regierungschefs abstimmen. Erster „EU-Präsident“ wurde der christdemokratische belgische Ministerpräsident van Rompuy.
- Ein „Hoher Repräsentant der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ wird die EU auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet vertreten – im Range eines Vize-Präsidenten der EU-Kommission. Erste „EU-Außenministerin“ ist die britische Labour-Politikerin Ashton.

Mit dieser Personalauswahl haben die EU-Staatschefs aber die Chance vertan, Europa mit bekannten Persönlichkeiten bzw. europäerprobten ehemaligen Staatschefs ein „unverwechselbares Gesicht“ zu geben. Ferner muss sich auch die Kompetenzaufteilung im Tagesgeschäft einspielen – sowohl mit der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft als auch mit EU-Kommissionspräsident Barroso und seinem Team.

Neue EU-Kommission seit Mitte Februar im Amt

Bei diesem Gremium wird man sich an viele neue Gesichter gewöhnen müssen. Nach den Wahlen zum Europarlament im Sommer 2009 (vgl. dazu unseren Artikel „EU 2. Halbjahr 2009: Neue Kommission und alte Probleme“ vom Juli 2009) haben die EU-Staats- und Regierungschefs dem portugiesischen EU-Kommissionspräsident Barroso eine zweite Amtszeit zugebilligt. Die von den 26 anderen EU-Ländern gestellten EU-Kommissare sind mehrheitlich neu besetzt worden, was auch den zwischenzeitlichen politischen Veränderungen in vielen Ländern Rechnung trägt. Nach intensiven Anhörungen im EU-Parlament und einem späten Austausch der bulgarischen Kandidatin wegen Korruptionsvorwürfen hat sich die endgültige Abstimmung im EU-Parlament und damit die Neubesetzung bis zum 10. Februar hingezogen.

Dabei gab es keine nationalen Erbhöfe bei den Aufgabengebieten: So übernimmt der neue deutsche EU-Kommissar Oettinger (CDU) das immer wichtiger werdende Energierreferat, während sein Vorgänger Verheugen (SPD) als Vize-Präsident das einflussreiche Industriereferat leitete. Die wichtigsten Kommissionsposten im Überblick:

- Barroso (Portugal): alter und neuer Kommissionspräsident
- die 7 Vize-Präsidenten kommen aus Großbritannien, Luxemburg, Spanien, Estland, den Niederlanden, Italien und der Slowakei
- Rehn (FIN): Wirtschaft und Währung
- Barnier (FRA): Binnenmarkt und Dienstleistungen
- Tajani (ITA): Industrie und Unternehmen
- Almunia (ESP): Wettbewerb

- Lewandowski (POL): Haushalt und Finanzplanung
- Oettinger (D): Energie

Die Zahl der EU-Kommissare sollte nach den nächsten Europawahlen im Sommer 2014 auf 18 reduziert werden, wobei die kleineren Länder dann nur zeitweise zum Zug kämen. Diese Änderung ist aber 2008 bis auf weiteres ausgesetzt worden.

Den prestigeträchtigen Posten des EU-Parlamentspräsidenten übernahm der ehemalige polnische Regierungschef Buzek. Anders als in den Vorperioden, als beide Amtsperioden im Voraus zwischen einem EVP-Vertreter und einem Sozialdemokraten aufgeteilt wurde, könnte der Konservative Buzek aufgrund der veränderten Machtverhältnisse im EU-Parlament diesem über die vollen 5 Jahre vorstehen. Deutschland besetzt hier mit Frau Koch-Mehrin (FDP) einen der 14 Vizepräsidentenposten.

Ruhrgebiet/Essen als Kulturhauptstadt Europas 2010

Zu den Leuchtturmprojekten der EU mit viel Resonanz in der breiten Bevölkerung zählt mittlerweile der Titel einer Kulturhauptstadt. Bei der prestigeträchtigen Ernennung, bei der nunmehr ein Vertreter aus der alten EU-15 und ein Vertreter aus den 12 Beitrittsländern der Osterweiterung von 2004 und 2007 ausgewählt werden, kommt Deutschland 2010 erstmals seit 1999 (Weimar) wieder zum Zuge: Mit Essen als formalem Gastgeber ist diesmal das ganze Ruhrgebiet an der Reihe. Ferner tragen Pécs (Ungarn) für die Beitrittsländer und diesmal auch Istanbul (Türkei) als Vertreter eines Nicht-EU-Landes den begehrten Titel.

Die Benennung soll dazu beitragen, den Reichtum, die Vielfalt und die Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes in ganz Europa herauszustellen und ein besseres Verständnis der Bürger Europas füreinander zu ermöglichen. Im entsprechenden Jahr finden in den „Kulturhauptstädten“ zahlreiche kulturelle Veranstaltungen statt. Die Städte erhoffen sich vom Tragen dieses offiziellen Titels für ein Jahr eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit und zahlreiche Besucher. Zusätzlich werden von der EU Fördermittel zur Verfügung gestellt, um der europäischen Öffentlichkeit besondere kulturelle Aspekte der Stadt bzw. der Region zugänglich zu machen. Ferner soll da-

mit der Strukturwandel in alten Industrieregionen wie diesmal dem Ruhrgebiet als ehemaligem Kohle- und Stahlrevier unterstützt werden.

1. Halbjahr 2010: Ausblick auf die spanische Ratspräsidentschaft, ...

Am 1. Januar hat mit Spanien das fünftgrößte EU-Land (46 Mio. Einwohner) mit einer sehr europafreundlichen Haltung die EU-Ratspräsidentschaft von Schweden übernommen. Damit beginnt eine neue Dreier-Präsidentschaft aus Spanien / Belgien (2. Halbjahr 2010) / Ungarn (1. Halbjahr 2011). Dieses Trio verwendet erstmals ein gemeinsames Logo und hat das Motto „Innovation für Europa“ gewählt. Die Regierung des sozialistischen Ministerpräsident Zapatero hat folgende Prioritäten benannt:

- Volle Implementierung des Lissabon-Vertrages
- Stärkung der gemeinsamen Außenpolitik, um die EU schrittweise in einen echten „global player“ zu verwandeln
- Koordination der nationalen und der gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik, um Europa aus der schweren Wirtschaftskrise herauszuführen und ein nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen („Launching of Europe 2020“)
- Europäische Energiesicherheit und Kampf gegen den Klimawandel
- Weiterentwicklung eines Europas der Rechte und Freiheiten im Dienste der Bürger
- Ausbau und Konsolidierung der europäischen Sozialagenda

Die beiden EU-Gipfel der spanischen Ratspräsidentschaft finden am 25./26. März und am 17./18. Juni jeweils in Brüssel statt. Diese werden erstmals von van Rompuy geleitet. Auch wenn die rotierenden 6-Monats-Präsidentschaften durch den „President of the European Council“ und die „High Representative of the EU“ offiziell etwas an Einfluss einbüßen, führen sie den Vorsitz bei allen Komitees, Arbeitsgruppen und Ministertreffen (Ausnahme ist Frau Ashton bei den Außenministern). Sie gestalten also weiter maßgeblich die inhaltliche Agenda und sind als Moderator beim Ausgleich unterschiedlicher nationaler Interessen gefragt. Spanien dürfte dabei auch diesmal seinen Ruf als besonders europafreundliches Land wahren wollen.

... den kanadischen G8-Vorsitz ...

Ergänzend sei angemerkt, dass mit Kanada 2010 diesmal ein außereuropäisches Land den jährlichen Vorsitz in der G8-Gruppe der großen Industrienationen übernommen hat. Da die Entwicklung der Weltwirtschaft seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise stärker auf der Ebene der G20 diskutiert wird, legt die kanadische Regierung in ihrer G8-Agenda besonderen Wert auf eine globale Gesundheitsinitiative zugunsten von Frauen und Kindern in den ärmsten Regionen der Welt. Im Gegensatz zur ebenfalls wichtigen akuten Krisenhilfe für die Erdbebenopfer von Haiti soll diese längerfristig angelegt werden. Dabei sollen sowohl die G8-Regierungen als auch Nicht-Regierungsorganisationen und private Stiftungen eingebunden werden.

Im Rahmen des kanadischen G8-Vorsitzes findet auch der nächste Weltwirtschaftsgipfel Ende Juni 2010 in Huntsville/Ontario statt. Dort will die Regierung von Premier Harper, der aber nur eine Minderheitsregierung führt und daher politisch latent gefährdet ist, die skizzierte Gesundheitsinitiative auf den Weg bringen. Nach dem gescheiterten Klimagipfel von Kopenhagen im Dezember dürfte auch das weitere Vorgehen beim Kampf gegen den globalen Klimawandel beraten werden. Die EU wird dabei ihre Vorreiterrolle verteidigen wollen. Ferner nehmen am letzten Gipfeltag wieder Vertreter der großen Schwellenländer sowie großer Internationaler Organisationen teil. Dem schon länger lancierten politischen Ziel, die G8-Runde endlich zu einer größeren Runde unter gleichberechtigter Einbeziehung der großen Schwellenländer auszubauen, ist man aber noch nicht näher gekommen.

... und die immer wichtigeren G20-Treffen

Das mag auch daran liegen, dass die G20-Treffen dem Weltwirtschaftsgipfel mittlerweile fast den Rang abgelaufen haben. Die G20 sind ein seit 1999 bestehender, informeller Zusammenschluss aus den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern sowie der EU. Sie soll als Forum für die Kooperation und Konsultation in Fragen des internationalen Finanzsystems dienen. Ursprünglich als Reaktion auf die Asienkrise 1997/98 ins Leben gerufen, ist sie durch die globale Finanzkrise von 2008/2009 in den Mittelpunkt der internationalen wirtschaftspolitischen Kooperation gerückt. So hat sie die Federführung bei der Bekämpfung der globalen Finanzkrise und den daraus international zu ziehenden Lehren übernommen.

Nach den bisherigen Weltfinanzgipfeln in Washington (November 2008), London (April 2009) und Pittsburgh (September 2009) wird Kanada im Juni in Huntsville auch hier als Gastgeber fungieren. Der zweite G20-Gipfel des Jahres ist für November in Incheon/Südkorea geplant. Zur Erinnerung die wichtigsten Punkte des letzten Gipfels:

- Schaffung eines globalen Rahmens für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wirtschaftswachstums
- Stärkung der Internationalen Finanzaufsicht
- Modernisierung der Internationalen (Finanz-)Institutionen, insbesondere des Internationalen Währungsfonds und der regionalen Entwicklungsbanken

Weitere Informationen erhalten Sie auf www.akademie-welthandel.de
oder unter der Telefon-Nummer 0 69 / 74 74 2 – 0.